

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres am Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 10 M., durch unsere Austräger zugetrugen in der Stadt monatlich 12 M., auf dem Lande 15 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 30 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Druckausfälle und Postverzug sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 20000 M. für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltig 40000 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpuszeile 60000 M. Nachweisungs-Gebühr 5000 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 95.

Donnerstag / Freitag 16. / 17. August 1923

## Amthlicher Teil.

**Landwirte! Wer liefert 10 Zentner Roggen gegen neue Möbel?**  
Sofortige Angebote mit Angabe der Lieferzeit erbittet der  
Stadtrat — Wohlfahrtsamt — zu Wilsdruff.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Reichstage stellte Reichskanzler Dr. Stresemann das neue Kabinett mit einer wirkungsvollen Programmrede vor.
- Der zuständige Reichstagsausschuß hat den neuen Postgebühren zugestimmt, welche die bisherigen Sätze noch im Laufe des August vervielfachen sollen.
- Der von den kommunistischen Betriebsräten in Berlin angelegte Generalkrieg ist nicht zur Ausführung gekommen und abgelehnt worden.
- Die französische Regierung hat ein Selbstbuch herausgegeben, das im wesentlichen bereits bekannte Dinge enthält.
- In der Berliner Börse schwächte sich der Dollar bis auf 2992,500 Mark ab.

## Das Kabinett Stresemann. Die Ressortminister.

Nach der Ernennung des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler hat dieser sofort die Verhandlungen mit den Parteien durchgeführt, und der Reichspräsident genehmigte die von Dr. Stresemann vorgelegte Ministerliste in folgender Besetzung:

Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers: Reichsminister a. D. Robert Schmidt (Sozialdemokrat).  
Reichsarbeitsminister: Reichsminister Dr. Brauns (Ztr.).  
Reichsminister des Innern: Reichstagsabgeordneter Sollmann (Sozialdemokrat).  
Reichsverkehrsminister: Reichsminister Deser (Demokrat).  
Reichsfinanzminister: Dr. Hilsberding (Sozialdemokrat).  
Reichswehrminister: Reichsminister Dr. Gehler (Dem.).  
Reichsjustizminister: Reichsminister a. D. Rabbruch (Sozialdemokrat).  
Reichsernährungsminister: Reichsminister Dr. Luther.  
Reichswirtschaftsminister: v. Raumer (Volkspartei).

Das neu zu schaffende Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem Oberpräsidenten Fuchs (Zentrum) übertragen.  
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt.  
Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt. Als Minister ohne Portefeuille ist der Sozialdemokrat Adolf Braun, bisher preussischer Ministerpräsident, in Aussicht genommen. Wie es heißt, würde der Kanzler Stresemann das Amt des preussischen Ministerpräsidenten ebenfalls übernehmen.  
Von den Mitgliedern des Kabinetts Cuno haben also drei ihre Ministerposten behalten: Brauns, Gehler und Luther, während Deser vom Innern zum Verkehr übergeht. In früheren Kabinetten sind Minister gewesen die Herren: Rabbruch und Schmidt. Zum erstenmal treten in die Regierung ein: Dr. Stresemann, v. Raumer, Fuchs, Hilsberding und Sollmann.

Zwar war das Kabinett Stresemann noch nicht fertig, wie es am Sonnabend abend hieß, als man Cuno zum Rücktritt veranlaßte, aber es ist doch sehr viel schneller gegangen, als bisher die Konstituierung eines neuen Ministeriums erfolgte. Notwendig war es auch, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick das im schwersten Kampf nach außen und innen stehende Deutschland nicht ohne Führung bliebe, daß wir möglichst schnell aus der Verwirrung herauskommen, die durch die überraschenden Ereignisse der letzten Tage hervorgerufen war.  
Wenn man das Kabinett charakterisieren soll, so sind zwei Momente darin besonders auffallend: das ist erstens die Zurückhaltung des Zentrums. Tatsächlich geblieben ist nur Dr. Brauns, der Arbeitsminister; aber er ist ein liberaler Mann, dessen Rücktritt schon angefangen wurde. Und der andere Zentrumsmann, der Minister für die besetzten Gebiete Fuchs, ist noch „gar nicht da“; denn sein Ministerium soll erst noch geschaffen werden. Er wurde als Präsident von Teier zum Oberpräsidenten im Rheinland gemacht, wurde dann aber im April — selbstverständlich — ganz plötzlich von den Franzosen ausgewiesen.  
Das andere innenpolitisch viel wichtigere Moment ist aber die Befreiung aller wichtigeren Ämter mit Sozialdemokraten. Nicht nur zahlenmäßig ist das wichtig,

sondern auch deswegen, weil sie auf ein bestimmtes Programm verpflichtet sind, das, wie eine Berliner Funktionärerversammlung am Montag beschloß, von ihnen sofort restlos durchgeführt werden soll, und das sich inhaltlich mit den schon bekannten Beschlüssen der Reichstagsfraktion deckt. Bislang ist der frühere Wirtschaftsminister aus dem Kabinett Birth, der Gewerkschafter Robert Schmidt, ein Sozialdemokrat gemäßigter Richtung, geworden, der zugleich das seit Rathenau's Tode unbesetzt gebliebene Wiederaufbauministerium inne hat.

Besonders interessant ist aber einmal die Ernennung Sollmanns zum Innenminister. Er ist in Köln gewählt und ist ein Mann, auf den die furchtbare Wirklichkeit seiner besetzten, leidenerquälten Heimat in stärkster Weise eingewirkt hat. Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag hielt er darüber eine Rede, die ihm den Vorwurf, als „materialistisch“ zu sein, eintrug. Ist er ganz Praktiker, so ist sein Kollege vom Finanzministerium, also der zurzeit innenpolitisch wichtigste Mann, Dr. Hilsberding, ganz Theoretiker, der sich bisher mit Finanzfragen nur vom Schreibtisch aus, allerdings sehr ausgiebig, beschäftigt hat. Er gehört zum radikalen Flügel der Sozialdemokratie als früherer Unabhängiger und Hauptkrisenleiter der „Freiheit“ und schillert in seinen politischen Auffassungen manchmal stärker, als es die Partei erlaubt. Er hielt zweimal in den letzten Monaten vor den Pariser Genossen Reden, die erst starken Anstoß nach rechts, im zweiten Fall noch stärkeren Anstoß nach links verursachten. Er ist Wiener von Geburt, Arzt von Beruf und in Deutschland nationalisiert. Den Krieg machte er als Militärarzt mit.

Auch der Mehrheitssozialist Rabbruch gehörte als Justizminister dem Kabinett Birth an und hat jetzt seinen alten Sitz wieder erhalten; bekanntlich ist er Professor der Rechte in Kiel. Verstärkt wird diese Stellung der Sozialdemokratie im neuen Ministerium noch dadurch, daß der preussische Ministerpräsident Adolf Braun zum Reichsminister ohne Portefeuille ernannt werden soll.

Die Demokratische Partei hat zwei Vertreter im Kabinett, den bisherigen Wehrminister Gehler, dessen Verbleiben die Demokraten gegen den heftigen Ansturm der Sozialdemokratie erzwingen und den früheren preussischen Verkehrsminister Deser, der an die Stelle des Generals Groener in das Reichsverkehrsministerium eintritt.

Von der Deutschen Volkspartei gehört zunächst Stresemann dem Kabinett an, dann Herr v. Raumer, als Wirtschaftsminister. Die Person des Außenministers ist vorläufig noch nicht bestimmt; Stresemann selbst hat vorläufig diese gegenwärtig wichtigsten Aufgaben in die Hand genommen, die sich auf unsere außenpolitischen Probleme beziehen. Denn soeben ist die englische Note veröffentlicht worden, die auf Grund eines Gutachten des englischen Kronjuristen die gesamte Ruhrbesetzung und alles, was sich daran schloß, als illegal, als einen Verstoß gegen den Versailler Frieden erklärt und die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung des ganzen Reparationsproblems fordert; der Widerstand Deutschlands sei durchaus berechtigt.

Im Lichte, den die Regierungskrise bei uns verursachte, ist dieser letzte, aber gewaltigste Erfolg der Politik Cunos untergegangen; Aufgabe des neuen Kabinetts wird es daher vor allem sein, aus dieser klaren, überraschend energischen Stellungnahme Englands die nötigen Folgerungen zu ziehen.

## Dr. Stresemann vor dem Reichstag Vorfstellung des neuen Kabinetts.

(331. Sitzung.) OB. Berlin, 14. August.

Der Druck der Not und die nach innen und außen so überaus gespannte Lage hat es zuwege gebracht, daß die diesmalige Kabinettskrise in einer weit kürzeren Zeit überwunden wurde als früher. Unter dem sachlichen Eindruck der Not dieser Zeit und der Anspannung aller Kräfte zu ihrer Befähigung stand auch die heutige Reichstagsitzung und die Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Dr. Stresemann. Das Haus war wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Regierungsbank hatte das neue Kabinett Platz genommen. Mit äußerster Spannung sah man dieser Sitzung entgegen, denn man wußte, daß es ein sehr schweres Stück Arbeit gewesen war, die Parteien von der Sozialdemokratischen bis zur Volkspartei auf ein einheitliches Programm zu einigen. Der neue Kanzler hat daher auch ganz sühnend darauf verzichtet, eine lange und breite Programmrede mit Erörterung aller Einzelheiten zu halten, sondern hat sich darauf beschränkt, in einer kurzen prä-

gnanten Ansprache die Hauptgesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, nach denen sich die politische Arbeit nach innen und außen im gegenwärtigen Augenblick richten muß. Denn über diese Hauptgesichtspunkte besteht innerhalb der großen Koalition, die nun ins Leben gerufen ist, volle Einmütigkeit.

Besonders fesselnd wurde diese Sitzung durch die Persönlichkeit des neuen Kanzlers, der als temperamentvoller Parlamentarier seit langem bekannt ist, und der, wie man wußte, gerade heute, in einer besonders schwierigen Situation auftreten mußte, da infolge der Verzögerung, die in den letzten Tagen die Bevölkerung Berlins ergriffen hatte, und die von den Kommunisten mit Fleiß geschürt worden ist, heute abermals mit einem kommunistischen Vorstoß in der Art zu rechnen war, wie es die Herren um den Abgeordneten Knoen herum bei der letzten Rede des Kanzlers Dr. Cuno versucht hatten.

Dr. Stresemann ist allerdings ein anderer parlamentarischer Redner, als es der frühere Kanzler war, dem die Schlagfertigkeit des Wortes nicht zu Gebote stand. Als der neue Reichskanzler heute seine Rede begann, wurde er ebenso, wie vor wenigen Tagen Herr Cuno von den Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen. „Für Stinnes und Poincaré!“, riefen die Kommunisten. Aber Dr. Stresemann ließ sich nicht irre machen, hielt auch nicht in seiner Rede inne, sondern stellte zunächst in aller Ruhe die Mitglieder des neuen Kabinetts dem Hause vor. Als dann im weiteren Verlauf seiner Rede die Kommunisten unausgesetzt neue Zwischenrufe machten und dabei von Präsident Lübbe mit ziemlicher Milde behandelt wurden, fand es Dr. Stresemann im Gegensatz zu seinem Vorgänger für angebracht, selbst von diesem Plage des Kanzlers aus, sich gegen diese Angriffe energisch zu verteidigen.

Mehr als einmal ließ der Reichskanzler sein Manuskript sinken und rief den Kommunisten schlagfertige Entgegnungen zu, die ihre Wirkung nicht verfehlten, sondern, vom Applaus des ganzen Hauses begleitet, die Hufeisler in ihre Sitze niederwies. Am wirksamsten geschah dies wohl, als er den Linksradikalen zurief, er könne wohl verstehen, daß sie über den Mißerfolg ihres Generalkonfliktes so verärgert seien, aber der Sinn der Demokratie, an den die Kommunisten dauernd appellierten, bestesse doch wohl darin, daß die Mehrheit und nicht eine Minderheit die Herrschaft haben soll.

Der Eindruck der Rede des Kanzlers entsprach der klaren, bestimmten und energischen Form, in der sie vorgelesen wurde, und das Haus wandte sich dann sofort der Besprechung zu.

### Sitzungsbericht

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellen die Kommunisten zunächst zwei Anträge, worin sie die Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August und die Beratung kommunistischer Anträge nach Aufhebung des Verbotes öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel auf die Tagesordnung gesetzt haben wollten. Der Abgeordnete Knoen ergriff dazu zweimal das Wort zu einer Geschäftsordnungsberatung. Aber beide Anträge wurden vom Hause abgelehnt. Nun erteilte Präsident Lübbe das Wort dem

### Reichskanzler Dr. Stresemann.

Der Kanzler ging zunächst mit Worten des Dankes und der Anerkennung auf die Tätigkeit seines Vorgängers ein und führte dann aus, das Ausland müsse nicht glauben, daß der Kabinettswechsel ein Zeichen deutscher Schwäche sei. Dieses Kabinett sei auf breiter parlamentarischer Basis ausgebaut und wird vielmehr

jeden Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands abwehren. Zur Erreichung dieses Zweckes brauchen wir ein Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern. Das Kabinett hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern. Dieser Drang braucht aber nicht Konsequenzen zu haben, an die Sie (zu den Kommunisten gewendet, die den Zwischenruf „Bavaria“ gemacht hatten) erinnern. Wer den Versuch macht, gewalttätige Angriffe gegen den Staat und seine Verfassung zu richten, der wird auf den unbeugsamen Willen der Reichsregierung stoßen, diesen Gewalttätigkeiten mit allen Kräften zu begegnen. Die Reichsregierung hat den Willen und die Machtmittel, das zu tun, und sie wird diese Machtmittel einsetzen gegen jeden, der sich anmaßt, den Staat und seine Verfassung anzugreifen. Der passive Widerstand am Rhein und an der Ruhr, der aus dem Willen der Bevölkerung entspringt, wird von der englischen Regierung unzweifelhaft als berechtigt anerkannt. Die Reichsregierung ist auch ihrerseits damit einverstanden, die Kraus über Recht oder Unrecht der Ruhraktion einem unparteiischen Schiedsgericht zu übertragen. Nummer 64 der Reichskanzler eine ganz bedeutsame Erklärung ab über die

Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Ruhr- und Rhein-Problem.